

BEBAUUNGSPLAN (SATZUNG)
ZUR ÄNDERUNG DES BEBAUUNGSPLANES
"Verlängerung der Friedhofstraße"
Gemeinde Marpingen Ortsteil Uraxweiler

Die Aufstellung des Bebauungsplanes im Sinne des § 30 Bundesbaugesetz (BBauG) vom 23. Juni 1960 (BGBl. I S. 34), in der Fassung vom 6. Juli 1979 (BGBl. I S. 949) gemäß § 2 Abs. 1 dieses Gesetzes, wurde in der Sitzung des Gemeinderates am 19.01.1979 beschlossen.
Die Ausarbeitung des Bebauungsplanes erfolgte im Auftrag der Gemeinde Marpingen durch den Herrn Landrat des Kreises St. Wendel - Kreisbauamt - Abt. Planung

Festsetzungen gemäß § 9 Absatz 1 und 7 des Bundesbaugesetzes

1. Geltungsbereich des Bebauungsplanes	laut Plan
2. Art der baulichen Nutzung	
2.1 Baugebiet	
Es gilt die Bau-NO vom 15.9.1977 (BGBl. S. 1757)	Allgemeines Wohngebiet
2.1.1 zulässige Anlagen	§ 4 (2)
2.1.2 ausnahmsweise zulässige Anlagen	§ 4 (3)
2.2 Baugebiet	
Es gilt die Bau-NO vom 15.9.1977 (BGBl. S. 1757)	
2.2.1 zulässige Anlagen	
2.2.2 ausnahmsweise zulässige Anlagen	
3. Maß der baulichen Nutzung	
3.1 Zahl der Vollgeschosse	Z 0
3.2 Grundflächenzahl	0,4
3.3 Geschäftlichkeitszahl	bei Z1=0,5, bei Z2=0,8
3.4 Baumassenzahl	
3.5 Grundflächen der baulichen Anlagen	
4. Bauweise	
5. überbaubare Grundstücksfläche	offene Bauweise nur Einzel- u. Doppelhäuser
6. nicht überbaubare Grundstücksfläche	laut Plan
7. Stellung der baulichen Anlagen	laut Plan
8. Mindestgröße der Baugrundstücke	entfällt
9. Mindestbreite der Baugrundstücke	entfällt
10. Mindestdiefe der Baugrundstücke	entfällt
11. Flächen für Nebenanlagen, die aufgrund anderer Vorschriften für die Nutzung von Grundstücken erforderlich sind	
11.1 Spiel-, Freizeit- und Erholungsflächen	innerhalb der Grundstücksfläche
11.2 Flächen für Stellplätze und Einfahrten	innerhalb der Grundstücksfläche
11.3 Flächen für Garagen	innerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche
12. Höhenlage der baulichen Anlagen (Maß von OK Straßen - krone Mitte Haus bis OK Erdgeschoßfußboden)	entfällt
13. Fläche für den Gemeinbedarf	entfällt
14. überwiegend für die Bebauung mit Familienheimen vorgesehenen Flächen	gesamter Geltungsbereich
15. Flächen auf denen ganz oder teilweise nur Wohngebäude, die mit Mittel des sozialen Wohnungsbaus gefördert werden könnten, errichtet werden dürfen	entfällt
16. Flächen auf denen ganz oder teilweise nur Wohngebäude errichtet werden dürfen, die für Personengruppen mit besonderem Wohnbedarf bestimmt sind	entfällt
17. den besonderen Nutzungszweck von Flächen, der durch besondere städtebauliche Gründe erforderlich wird	entfällt
18. Flächen die von der Bebauung freizuhalten sind und ihre Nutzung	entfällt
19. Verkehrsflächen sowie Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung, wie Fußgängerbereiche, Flächen für das Parken von Fahrzeugen, sowie den Anschluß anderer Flächen an die Verkehrsflächen	laut Plan
20. Höhenlage der anbaufähigen Verkehrsflächen sowie der Anschluß der Grundstücke an die Verkehrsflächen	laut Straßenprojekt
21. Versorgungsflächen	entfällt
22. Führung von Versorgungsanlagen und -leitungen	entfällt
23. Flächen für die Verwertung oder Beseitigung von Abwasser und festen Abfallstoffen, sowie für Ablagerungen	entfällt
24. öffentliche und private Grünflächen wie Parkanlagen, Dauerkleingärten, Sport-, Spiel-, Zeit-, Badeplätze und Friedhöfe	laut Plan
25. Wasserflächen sowie die Flächen für die Wasserwirtschaft, für Hochwasserschutzanlagen und für die Regelung des Wasserabflusses, soweit diese Festsetzungen nicht nach anderen Vorschriften getroffen werden können	entfällt
26. Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen oder für die Gewinnung von Steinen, Erden und anderen Bodenschätzen	entfällt
27. Flächen für die Landwirtschaft und für die Forstwirtschaft	entfällt
28. Flächen für die Errichtung von Anlagen für die Kleintierhaltung, wie Ausstellungs- und Zuchtanlagen, Zwinger, Koppeln und dergleichen	entfällt
29. Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung der Landschaft, soweit solche Festsetzungen nicht nach anderen Vorschriften getroffen werden können	entfällt
30. Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zugunsten der Allgemeinheit eines Erschließungsträgers oder eines beschränkten Personenkreises zu belastenden Flächen	entfällt
31. Flächen für Gemeinschaftsanlagen für bestimmte räumliche Bereiche wie Kinderspielplätze, Freizeitanrichtungen, Stellplätze und Garagen	entfällt
32. Gebiete, in denen bestimmte, die Luft erheblich verunreinigende Stoffe nicht verwendet werden dürfen	entfällt
33. Die von der Bebauung freizuhaltenden Schutzflächen und ihre Nutzung, die Flächen für besondere Anlagen und Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundesimmissionsschutzgesetzes sowie die zum Schutz vor solchen Einwirkungen oder zur Vermeidung oder Minderung solcher Einwirkungen zu treffenden Vorkehrungen	entfällt
34. Für einzelne Flächen oder für ein Bebauungsgebiet oder Teile davon mit Ausnahme der für land- oder forstwirtschaftliche Nutzung festgesetzten Flächen	laut Plan
a) das Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern	laut Plan
b) Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und Gewässern	laut Plan, vorhandene Weidegruppen sind zu erhalten (§ 9 Abs. 1 Nr. 256 R. H. - G.)
35. Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen und Stützmauern, soweit sie zur Herstellung des Straßenkörpers erforderlich sind	laut Straßenprojekt

Aufnahme von
Festsetzungen über die äussere Gestaltung der baulichen Anlagen auf Grund des § 9 Abs. 4 des BBauG in der Fassung vom 6. Juli 1979 (BGBl. I S. 949) sowie in Verbindung mit § 113 Abs. 6 der Landesbauordnung - LBO vom 27. Dezember 1974

entfällt

Aufnahme von
Festsetzungen über den Schutz und die Erhaltung von Bau- und Naturdenkmalern auf Grund des § 9 Abs. 4 des BBauG in der Fassung vom 6. Juli 1979 (BGBl. I S. 949) sowie in Verbindung mit § 113 Abs. 2 der Landesbauordnung - LBO vom 27. Dezember 1974

entfällt

Kennzeichnung von Flächen gemäß § 9 Abs. 5 BBauG

1. Flächen, bei deren Bebauung besondere bauliche Vorkehrungen gegen äußere Einwirkungen erforderlich sind. entfällt

2. Flächen, bei denen besondere bauliche Sicherungsmaßnahmen gegen Naturgewalt erforderlich sind. entfällt

3. Flächen, unter denen der Bergbau umgeht oder die für den Abbau von Mineralien bestimmt sind. entfällt

Nachrichtliche Übernahme von Festsetzungen gemäß § 9 Abs. 6 BBauG in der Fassung vom 6. Juli 1979 (BGBl. I S. 949)

entfällt

PLAN ZEICHEN

Geftungsbereich	
	Bestehende Gebäude
	Straße mit Gehwegen
	Wohnstraße
	Nicht befahrbarer Gehweg
	Öffentliche Parkfläche
	Bestehende Grundstücksgrenze
	Geplante Grundstücksgrenze
	Baugrenze
	Baulinie
	Entwässerungsrichtung
	Firstrichtung
	nur Einzel- u. Doppelhäuser zulässig
	Allgemeines Wohngebiet

PLANZEICHEN FÜR BEGRÜNUNG

GRÜNFLÄCHE

Für die Darstellung der jeweiligen Art der Grünfläche durch Planzeichen wurden die nachstehenden Zeichen verwendet

	geplant	vorhanden
Kinderspielplatz		
Kommunikationsbereich		

ART DER BEPFLANZUNGEN

	geplant	vorhanden
Sträucher bis 1,50m Höhe		
Sträucher von 1,50 bis 3,00m Höhe		
Bäume u. Sträucher von 3,00 bis 10,00m Höhe		
Bäume von 10,00 bis 25,00m Höhe		

GEHÖLZLISTE

Hundsrose	Hartrieel	Feldahorn (Heister)	Bergahorn
Orchenweide	Waldbasel	Spitzahorn	Stieleiche
Wildrose	Sanddorn	Feuerahorn	Esche
Japanische Scheinquite	Gemeine Heckenkirsche	Felsenbirne	Rotbuche
	Schwarzdorn	Kornelkirsche	Sommerlinde
	Achweide	Wildapfel	
	Hainbuche (Heister)	Birke	

Der Bebauungsplanentwurf mit Begründung hat gemäß § 2a Abs 6 BBauG ortsüblich ausgearbeitet vom 23.10.1981 bis 23.12.1981

Der Gemeinderat hat den Bebauungsplan am 26.02.82 gemäß § 10 BBauG als Satzung beschlossen

Marpingen den 25.03.1982

Bürgermeister

Der Bebauungsplan wird gemäß § 11 BBauG genehmigt

SAARLAND

Der Minister
für Umwelt, Raumordnung
und Bauwesen

Saarbrücken den 20.7.1982

Der Minister für Umwelt, Raumordnung und Bauwesen

06-600182/01/82

Der Genehmigungserlaß des Minister für Umwelt, Raumordnung und Bauwesen vom 30. Juli 1982

wurde am 06. Juli 1982 ortsüblich bekannt gemacht. In der Bekanntmachung wurde angegeben

bei welcher Stelle der Plan während der Dienststunden eingesehen werden kann

Mit der Bekanntmachung wurde der Bebauungsplan rechtsverbindlich.

Marpingen den 30. Juli 1982

Bürgermeister



Aufstellungs- beschluß	Bekanntmachung des Beschlusses	Offenlegung gem § 2a Abs 6	Beschluß als Satzung	Genehmigt	Rechtsverbind- lich

DER LANDRAT DES KREISES ST.WENDEL KREISBAUAMT - PLANUNG				
BETR: BEBAUUNGSPLAN "VERLÄNGERUNG DER FRIEDHOFSTR"			M 1:500	
GEMEINDE MARPINGEN - UREXWEILER			ANDERUNGEN	
BEARB.	16.10.81		NR.	DAT.
GEZ.	16.10.1981		BEARB.	AMTSL.
ABT.L.	16.10.81			
AMTSLEITER	16.10.81			